

Handbuch der Organschaft

Pohl / Rode / Schneider

2025

ISBN 978-3-406-81156-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Pohl/Rode/Schneider
Handbuch der Organschaft



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch der Organschaft

Steuerrecht – Gesellschaftsrecht – Bilanzrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Carsten Pohl LL.M.

Finanzverwaltung NRW
Hochschule für Finanzen NRW
Haltern am See

Dr. Oliver Rode LL.M.

Richter am Finanzgericht
Düsseldorf

Prof. Dr. Norbert Schneider

Rechtsanwalt, Steuerberater
Diplom-Finanzwirt
Köln

Bearbeitet von

Dr. Magnus Bleifeld, Notarassessor in Meerbusch; *Dr. Julia Busch*, Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin in München; *Dr. Urs Dempfle*, Steuerberater in Köln; *Ben Dörnhaus*, Richter am Finanzgericht in Düsseldorf; *Dr. Sebastian Falk*, Richter am Finanzgericht in Düsseldorf; *Paul Forst*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Düsseldorf; *Dr. Christian Herbst*, Diplom-Finanzwirt, Syndikus-Rechtsanwalt und Syndikus-Steuerberater in Berlin; *Dr. Carsten Höink*, Diplom-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater in Münster; *Ferdinand Huschens*, Diplom-Finanzwirt und Steuerberater in Mahlow; *Thorsten Kontny*, Diplom-Finanzwirt in Essen; *Alexander Kraus*, Steuerberater in Düsseldorf; *Dr. Sören Lehmann*, Diplom-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater in Krefeld; *Dr. Alexander Mann*, Ministerialrat in Wiesbaden; *Prof. Dr. Maria Marquardsen*, Juniorprofessorin für Öffentliches Recht und Steuerrecht in Bochum; *Dr. Elena Münster*, Rechtsanwältin in Köln; *Dr. Florian Oppel LL.M.*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Köln; *Prof. Dr. Carsten Pohl LL.M.*, Finanzverwaltung NRW, Hochschule für Finanzen NRW, Haltern am See; *Dr. Philipp Redeker*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Bonn; *Dr. Oliver Rode LL.M.*, Richter am Finanzgericht in Düsseldorf; *Dr. Georg Roderburg*, Rechtsanwalt und Steuerberater in Köln; *Prof. Dr. Joachim Schiffers*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in Ratingen; *Jörg Schindler MBA*, Steuerberater in Essen; *Prof. Dr. Norbert Schneider*, Diplom-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater in Köln; *Dr. Markus D. W. Stoffels*, Diplom-Finanzwirt, Rechtsanwalt und Steuerberater in Meerbusch; *Markus Suchanek*, Steuerberater in Düsseldorf; *Michael Vordermeier M.Sc.*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in München; *Dr. Martin Weiss*, Steuerberater und Fachberater für Internationales Steuerrecht in München; *Dr. Arnd Weißgerber*, Ministerialrat in München; *Dr. Stefanie Zimmermann*, Master of Science in Düsseldorf; *Prof. Dr. Christian Zwirner*, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater in München

2025



Zitierweise: Pohl/Rode/Schneider Organschaft-HdB/Bearbeiter R.n. 1
PRS Organschaft-HdB/Bearbeiter R.n. 1


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck.de

ISBN 978 3 406 81156 2

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Die Bildung von Organschaften gehört zu den wichtigsten Instrumentarien im Unternehmenssteuerrecht. Der Abschluss eines Gewinnabführungsvertrages ermöglicht es, entgegen des ansonsten bei Kapitalgesellschaften anzuwendenden Trennungsprinzips, Gewinne und Verluste zusammenzuführen. Doch dies ist nur einer der vielen Gründe für die Etablierung ertragsteuerlicher Organschaften. Bis hin zur gewerbesteuerlichen Hinzurechnung und der Zinsschrankenregelung kann die Organschaft positive Effekte zeitigen. Häufig ist Eile geboten: Sollen nach einem Unternehmenskauf nicht zunächst vororganisationsartige Verluste entstehen, die während der Dauer der Organschaft „eingefroren“ werden, ist zumeist das Wirtschaftsjahr der künftigen Organgesellschaft umzustellen, damit die Rechtsfolgen der Organschaft unmittelbar eintreten können.

Setzt die Organschaft im Ertragsteuerrecht aufgrund des Erfordernisses des Gewinnabführungsvertrages stets einen Willensakt voraus, kann im Bereich der Umsatzsteuer eine Organschaft sogar entstehen, ohne dass es den handelnden Personen bewusst ist. Unter den tatbestandlichen Voraussetzungen der Organschaft bildet mittlerweile lediglich noch die finanzielle Eingliederung eine Schnittstelle zwischen ertragsteuerlicher und umsatzsteuerlicher Organschaft. Das Grunderwerbsteuerrecht lehnt sich wiederum an die Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft an. Hier ist der Begriff der Organschaft für den Steuerpflichtigen jedoch ausschließlich negativ besetzt, Vorteile lassen sich hier nicht erzielen, die Organschaft wirkt vielmehr steuerbegründend.

Die Bedeutung der Organschaft im Unternehmenssteuerrecht ist somit ähnlich groß wie die mit ihr verbundenen Probleme. Die richtige Abfassung des Gewinnabführungsvertrages und die Beachtung der fünfjährigen Mindestlaufzeit sind dabei nur die Spitze des Eisberges. Zum Teil restriktive Finanzverwaltungsansfassungen und Rechtsprechung haben ihren Teil dazu beigetragen, dass sich die Organschaft für den Rechtsanwender als Minenfeld zu entpuppen vermag. Jegliche Überlegungen, die Organschaft in Richtung einer „modernen Gruppenbesteuerung“ zu entwickeln und damit auch einige Fallstricke zu beseitigen, sind in der Vergangenheit immer wieder gescheitert. Der Beratungsbedarf im Zusammenhang mit der Organschaft ist daher nach wie vor groß.

Das vorliegende neue Werk hat es sich zum Ziel gesetzt, dem Rechtsanwender einen „vollständigen“ Ratgeber an die Hand zu geben, der die Körperschaftsteuerliche Organschaft in all ihren Facetten beleuchtet, aber ebenso die gewerbesteuerliche, die Grunderwerbsteuerliche und nicht zuletzt die Umsatzsteuerliche Organschaft umfassend behandelt. Wo praxisrelevante Spezialfragen identifiziert werden konnten, sind diese Gegenstand einzelner Kapitel. Der Leser soll somit idealerweise bereits beim Blick in das Inhaltsverzeichnis feststellen können, wo „sein“ Problem im Buch verortet ist. Unter dem Gedanken „So umfangreich wie nötig, aber dabei so präzise wie möglich“, war es beabsichtigt, Doppelungen – sofern möglich – zugunsten einer stringenter Themenbehandlung zu vermeiden.

Ermöglicht wurde dieses neue Handbuch durch die engagierte Arbeit eines renommierten jungen Autorenteam, das sich aus Vertretern der Berater- und Unternehmenspraxis, der Wissenschaft, der Finanzverwaltung und der Finanzgerichtsbarkeit zusammensetzt. Ihnen möchten wir für Ihren Einsatz herzlich danken! Bedanken möchten wir uns auch bei dem C.H.Beck Verlag und unserem Mitautoren und Lektor Dr. Martin Weiss, bei dem wir das Gesamtwerk in den besten Händen wussten.

Vorwort

Wir hoffen, dass das neue Handbuch in Wissenschaft und Praxis eine gute Aufnahme erfährt und im Arbeitsalltag als hilfreich erachtet wird! Für jegliche Kritik, Ergänzung oder sonstige Anmerkung sind wir selbstverständlich dankbar!

Haltern am See, Düsseldorf, Köln im Februar 2025

Prof. Dr. Carsten Pohl, Dr. Oliver Rode, Prof. Dr. Norbert Schneider



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

<i>Dr. Magnus Bleifeld</i>	§ 4
<i>Dr. Julia Busch</i>	§ 10 (mit <i>Vodermeier, Zwirner</i>)
<i>Dr. Urs Dempfle</i>	§ 16 (mit <i>Schindler</i>)
<i>Ben Dörnhaus</i>	Teil 4
<i>Dr. Sebastian Falk</i>	§ 19 (mit <i>Rode</i>)
<i>Paul Forst</i>	§ 15 (mit <i>Kraus, Zimmermann</i>)
<i>Dr. Christian Herbst</i>	§ 5 (mit <i>Suchanek</i>)
<i>Dr. Carsten Höink</i>	Teil 3 (mit <i>Huschens</i>)
<i>Ferdinand Huschens</i>	Teil 3 (mit <i>Höink</i>)
<i>Thorsten Kontny</i>	§ 13
<i>Alexander Kraus</i>	§ 15 (mit <i>Forst, Zimmermann</i>)
<i>Dr. Sören Lehmann</i>	§§ 7, 8 (mit <i>Roderburg</i>)
<i>Dr. Alexander Mann</i>	§§ 1, 2 (mit <i>Weißgerber</i>)
<i>Prof. Dr. Maria Marquardsen</i> ...	§ 9
<i>Dr. Elena Münster</i>	§ 14 (mit <i>Redeker</i>)
<i>Dr. Florian Oppel</i>	§ 17
<i>Prof. Dr. Carsten Pohl</i>	§§ 6, 11
<i>Dr. Philipp Redeker</i>	§ 14 (mit <i>Münster</i>)
<i>Dr. Oliver Rode</i>	§§ 3, 19 (mit <i>Falk</i>)
<i>Dr. Georg Roderburg</i>	§§ 7, 8 (mit <i>Lehmann</i>)
<i>Prof. Dr. Joachim Schiffers</i>	§ 18
<i>Jörg Schindler</i>	§ 16 (mit <i>Dempfle</i>)
<i>Prof. Dr. Norbert Schneider</i>	Einleitung, § 12 (mit <i>Stoffels</i>)
<i>Dr. Markus D. W. Stoffels</i>	§ 12 (mit <i>Schneider</i>)
<i>Markus Suchanek</i>	§ 5 (mit <i>Herbst</i>)
<i>Michael Vodermeier</i>	§ 10 (mit <i>Busch, Zwirner</i>)
<i>Dr. Martin Weiss</i>	Teil 2
<i>Dr. Arnd Weißgerber</i>	§§ 1, 2 (mit <i>Mann</i>)
<i>Dr. Stefanie Zimmermann</i>	§ 15 (mit <i>Forst, Kraus</i>)
<i>Prof. Dr. Christian Zwirner</i>	§ 10 (mit <i>Busch, Vodermeier</i>)



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis und Verzeichnis der abgekürzt verwendeten Literatur	XXXI
Literaturverzeichnis	XXXIX
Teil 1. Körperschaftsteuerliche Organschaft	1
I. Einleitung	9
A. Bedeutung der ertragsteuerlichen Organschaft	9
B. Überblick über die Voraussetzungen der ertragsteuerlichen Organschaft ..	10
I. Wesentliche Tatbestandsvoraussetzungen	10
II. Vielfältige Abhängigkeit vom Gesellschaftsrecht	12
III. Auslegung des GAV sowie der Organschafts-Voraussetzungen	17
C. Überblick über die Rechtsentwicklung	19
D. Vor- und Nachteile der Organschaft und evtl. Alternativen	23
I. Überblick über die wesentlichen Vor- und Nachteile	23
II. Alternativen zur ertragsteuerlichen Organschaft	28
E. Reformüberlegungen	30
I. Vorab: Kurzer Blick auf andere Länder und ihre Gruppenbesteuerung	30
II. Reformüberlegungen auf nationaler Ebene	33
III. Entwicklungen auf EU-Ebene	36
II. Grundlagen der körperschaftsteuerlichen Organschaft (mit Verweis auf Spezialfragen)	37
§ 1 Taugliche Organgesellschaften	37
A. Einführung und Rechtshistorie	37
B. Voraussetzungen	38
I. Rechtsform	39
II. Keine besonderen Tätigkeitsanforderungen	41
III. Inlandsbezug	42
IV. Sonderfragen	44
§ 2 Taugliche Organträger	51
A. Einführung und Rechtshistorie	51
B. Voraussetzungen	53
I. Rechtsform	53
1. Natürliche Personen	53
2. Nicht von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen	53
3. Personengesellschaften	55
a) Mitunternehmerschaft	55
b) Steuerbefreiung von beteiligten Kapitalgesellschaften	56
c) Keine gewerblich geprägte Personengesellschaft	56
d) Finanzielle Eingliederung zur Personengesellschaft selbst	56

II. Gewerbliches Unternehmen	58
1. Gewerbebetrieb kraft Rechtsform	58
2. Gewerbebetrieb kraft gewerblicher Tätigkeit	59
3. Gewerbebetrieb kraft wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	62
4. Zeitliche Anforderungen	62
III. Zuordnung zu einer inländischen Betriebsstätte	63
1. Organträger im Inland	63
2. Organträger im Ausland	64
3. Mittelbare Organschaft	65
4. Zuordnung in zeitlicher Hinsicht	66
§ 3 Finanzielle Eingliederung	69
A. Einführung	69
I. Bedeutung für die ertragsteuerliche Organschaft	69
II. Abweichendes Begriffsverständnis bei umsatzsteuerlicher Organschaft?	70
B. Voraussetzungen der finanziellen Eingliederung	71
I. Überblick	71
II. Vorliegen einer Beteiligung	71
1. Grundsätzliches	71
2. Unmittelbare Beteiligung	72
3. Mittelbare Beteiligung	75
III. Zuordnung der Beteiligung zu einer inländischen Betriebsstätte	77
IV. Mehrheit der Stimmrechte	78
1. Stimmrechtsmehrheit aus eigenem Recht	78
2. Einfache Mehrheit/qualifizierte Mehrheit	78
3. Berechnung der Stimmrechtsmehrheit	81
C. Zeitliche Komponente	83
D. Finanzielle Eingliederung bei Umwandlungen	85
I. Allgemeines	85
II. Umwandlung des Organträgers	85
III. Umwandlung der Organgesellschaft	87
§ 4 Der Gewinnabführungsvertrag	89
A. Einleitung	90
B. Grundlagen	91
I. Historische Entstehung	91
II. Begriff und wesentlicher Inhalt des GAV	91
III. Organisationsrechtlicher Charakter des GAV	92
IV. Abgrenzung zum Beherrschungsvertrag	93
C. Zustandekommen des GAV	93
I. Beteiligte Rechtsträger im gesellschaftsrechtlichen Sinn	93
1. Unternehmensbegriff	94
2. Herrschendes Unternehmen	95
3. Abhängiges Unternehmen	96
II. Vertragsschluss	96
1. Abschlusskompetenz	96
2. Form	97
3. Befristung, Bedingung, Rückbeziehung	97
III. Zustimmungsbeschlüsse	98
1. Zeitpunkt der Zustimmung und Beifügen des Vertragstextes	98
2. Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung des abhängigen Unternehmens	98

3. Zustimmungsbeschluss der Gesellschafterversammlung des herrschenden Unternehmens	101
4. Zustimmungsbeschlüsse in mehrstufigen Konzernstrukturen	101
5. Zustimmungsbeschluss des Aufsichtsrats	102
IV. Verfahrensregeln	103
1. Anwendbarkeit im GmbH-Vertragskonzern	103
2. Bericht über den Unternehmensvertrag, § 293a AktG	104
3. Prüfung des Unternehmensvertrags und Prüfungsbericht, §§ 293b–293e AktG	105
4. Vorbereitung und Durchführung der Hauptversammlung, §§ 293f–293g AktG	106
V. Handelsregistereintragung	106
1. Eintragung im HR am Sitz des abhängigen Unternehmens	106
2. Pflicht zur Anmeldung zum HR	107
3. Inhalt und Anlagen der HR-Anmeldung	107
D. Gesellschaftsrechtliche Anforderungen an den Inhalt des GAV	109
I. Gewinnabführung	109
1. Inhalt der Gewinnabführung	109
2. Entstehen und Fälligkeit des Gewinnabführungsanspruches	112
II. Schutzmechanismen für das abhängige Unternehmen (§§ 300–302 AktG)	113
1. Gesetzliche Rücklage (§ 300 Nr. 1 AktG)	113
2. Höchstbetrag der Gewinnabführung (§ 301 AktG)	114
3. Verlustübernahme (§ 302 AktG)	115
III. Laufzeit	117
IV. Schutzmechanismen für außenstehende Gesellschafter (§§ 304–307 AktG)	117
V. Mangelhafter GAV	117
1. Auslegung von GAV	117
2. Anwendung der Grundsätze über die fehlerhafte Gesellschaft	119
3. Geltendmachung von Mängeln/Prüfung durch das HR	120
E. Änderung des GAV (§ 295 AktG)	120
F. Beendigung des GAV	123
I. Einvernehmliche Aufhebung (§ 296 AktG)	123
1. Abschlusskompetenz und Zustimmungserfordernisse	124
2. Form	125
3. Inhalt	125
4. HR-Anmeldung und -Eintragung	125
II. Einseitige Kündigung (§ 297 AktG)	126
1. Ordentliche Kündigung	126
2. Außerordentliche (fristlose) Kündigung	127
3. Zeitpunkt und Form der Kündigung	128
4. Zustimmungserfordernisse	129
a) Kündigung durch das abhängige Unternehmen	129
b) Kündigung durch das herrschende Unternehmen	129
5. HR-Anmeldung und -Eintragung	130
III. Weitere Beendigungsgründe	130
IV. Gläubigerschutz im Falle der Beendigung des GAV (§ 303 AktG) ..	131
§ 5 Tatsächliche Durchführung des GAV	133
A. Gebot der tatsächlichen Durchführung des Gewinnabführungsvertrags als Organschaftsvoraussetzung	134
I. Anordnung des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 1 KStG	134

II. Herleitung des Gebots der tatsächlichen Durchführung (gesetzgeberischer Hintergrund)	135
III. Auslegungsmaßstab bei der Beachtung des Gebots der tatsächlichen Durchführung	136
1. Wertende Auslegung (Verhältnismäßigkeitsprüfung)	136
2. Grenze: Willkür der Vertragsparteien	137
IV. Zeitliche Reichweite des Gebots der tatsächlichen Durchführung ...	138
B. Verpflichtung zur Abführung des ganzen Gewinns (§ 14 Abs. 1 einleitender Satz)	138
I. Ganzer Gewinn als handelsrechtliche Größe	138
II. Maßgebliches Rechenwerk	139
III. Gewinnabführungsverpflichtung der Organgesellschaft	139
1. Umfang der Gewinnabführungsverpflichtung (Ober- und Untergrenze)	139
a) „Laufender“ Gewinn	139
b) Besonderheit bei nach §§ 319 ff. AktG eingegliederten AG ...	141
c) Abwicklungsgewinne	141
d) Umwandlungsgewinne	142
2. Entstehung und Fälligkeit	142
3. Abführungssperren	143
a) Gesetzlich genannte Abführungssperre	143
b) Weitere Ausschüttungssperren	143
IV. Verlustausgleichsanspruch der Organgesellschaft	144
1. Wesen des Anspruchs	144
2. Verpflichtung zum Ausgleich des „sonst entstehenden Jahresfehlbetrags während der Vertragsdauer“	144
3. Entstehung und Fälligkeit	145
V. Rücklagenbildung (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 KStG)	146
1. Steuergesetzliche Einschränkung handelsrechtlich zulässiger Rücklagenbildung	146
2. Begrenzung der Einstellung Beträgen aus dem Jahresüberschuss in die Gewinnrücklagen (§ 272 Abs. 3 HGB)	146
a) „Einstellung“ in die Gewinnrücklagen	146
b) Erfasste Rücklagen	146
c) Vernünftige kaufmännische Beurteilung	147
3. Einstellung in die gesetzlichen Rücklagen (§ 300 Nr. 1 AktG) ...	148
4. Rechtsfolge der Rücklagenbildung	149
5. Rechtsfolge einer übermäßigen Rücklagenbildung	149
6. Sonderfragen bei KWG-Instituten als Organgesellschaften	150
a) Regulatorischer Rahmen	150
b) Bildung, Erhalt und Verbesserung von hartem Kernkapital als vernünftige kaufmännische Beurteilung im Sinne des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 KStG	150
c) Offene Vorsorgereservenbildung über den Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340g HGB)	150
d) Pflichtzuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340e Abs. 4 HGB	151
e) Stille Vorsorgereserven nach § 340f Abs. 1 S. 1 HGB	152
C. Richterliche Definition der tatsächlichen Durchführung	153
I. Verständnis des BFH	153
II. Bilanzielle Komponente	153
1. Maßgeblichkeit des handelsrechtlichen Rechenwerks	153
2. Erfordernis der GoB-konformen Gewinnermittlung	153

3. Handelsrechtliche Fehlerkategorien und ihre Auswirkungen	154
a) Objektive Bilanzierungsfehler	154
b) (Relative) Wesentlichkeit des Bilanzierungsfehlers	155
c) Subjektiver Fehlerbegriff	157
d) Auswirkungen von Bilanzierungsfehlern (Nichtigkeit der Bilanz)	158
e) Handelsrechtliche Heilung von Bilanzierungsfehlern (Rückwärtsberichtigung und Korrektur in laufender Rechnung)	159
f) Zusammenfassende Übersicht zu den Auswirkungen handelsrechtlicher Bilanzierungsfehler	160
4. Steuerliche Heilung von Bilanzierungsfehlern in laufender Rechnung (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 4 und 5)	161
a) Gesetzgeberischer Hintergrund	161
b) Zeitliche Anwendung	161
c) Tatbestandsvoraussetzungen	162
d) Rechtsfolge: Heilung des Bilanzierungsfehler (Durchführungsfiktion)	165
5. Ausweis der betragsmäßig zutreffenden Abführungsverpflichtung bzw. des betragsmäßig zutreffenden Verlustübernahmeanspruches bei der Organgesellschaft zum Bilanzstichtag	165
6. Besonderheiten bei bereits veräußerter Organgesellschaft	167
III. Pekuniäre Komponente (Durchführungswege im Einzelnen)	167
1. Erfüllung der wechselseitigen Ansprüche	167
2. Zahlung	167
3. Aufrechnung	168
4. Einlage	169
5. Novation	169
6. Kontokorrentkonto	170
7. Cash-Pool	172
IV. „Finale“ tatsächliche Durchführung (temporäre Komponente)	173
D. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Gebot der tatsächlichen Durchführung	174
I. (Rückwirkende) Nichtanerkennung der Organschaft	174
II. „Verunglückte“ Organschaft	174
§ 6 Zeitliche Anforderungen	175
A. Abschluss eines Gewinnabführungsvertrags auf fünf Jahre	175
I. Hintergrund	175
II. Beginn der Fünfjahresfrist	176
III. Fünfjährige Dauer	178
IV. Ausschluss des ordentlichen Kündigungsrechts	180
V. Einfluss wichtiger vertraglicher Kündigungsgründe	182
VI. Einfluss nicht wichtiger vertraglicher Kündigungsgründe	182
VII. Beendigung innerhalb eines Wirtschaftsjahres	183
VIII. Änderung eines Gewinnabführungsvertrags	183
IX. Rechtsfolge eines Verstoßes	185
B. Durchführung während der gesamten Geltungsdauer	185
I. Allgemeines	185
II. Durchführung des Gewinnabführungsvertrags	185
III. Während seiner gesamten Geltungsdauer	188
IV. Rechtsfolge eines Verstoßes	189

C. (Vorzeitige) Beendigung des Gewinnabführungsvertrags	191
I. Beendigungsgründe	191
1. Aufhebungsvertrag	191
2. Ordentliche Kündigung (§ 297 Abs. 2 AktG)	192
3. Außerordentliche Kündigung (§ 297 Abs. 1 AktG)	193
4. Hinzutreten eines außenstehenden Aktionärs (§ 307 AktG)	194
5. Befristung	196
6. Bedingung gem. § 158 Abs. 2 BGB	196
7. Anfechtung (§§ 119, 123 BGB)	197
8. Rücktritt	197
9. Umstrukturierungsvorgänge	197
a) Verschmelzungen	197
b) Spaltungen	198
c) Formwechsel	199
d) Sacheinlagen	199
e) Anwachsungen	200
10. Eingliederung	200
11. Insolvenz	200
12. Sonstige Fälle der Auflösung	201
II. Folgen der vorzeitigen Beendigung	202
1. Grundsätze	202
2. Beendigung aus wichtigem Grund	202
a) Anwendungsbereich des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 2 KStG	202
b) Vorliegen eines wichtigen Grundes	203
3. Beendigung während des Wirtschaftsjahres der Organgesellschaft	214
§ 7 Rechtsfolgen der wirksamen Organschaft	217
A. Grundkonzeption	217
B. Organgesellschaft bleibt Steuersubjekt	218
C. Zurechnung des Einkommens und dessen Besteuerung beim Organträger	221
D. Relevante Zurechnungszeiträume	223
I. Laufende Besteuerung der Organschaft	224
II. Beginn/Ende der Organschaft	225
E. Sonderregeln im Rahmen der Einkommensermittlung, § 15 KStG	225
I. Beschränkung des Verlustabzuges iSd § 10d EStG	225
II. Sanierungen im Organkreis	230
1. Ebene der Organgesellschaft	232
2. Ebene des Organträgers	233
3. Sanierungskosten der Organgesellschaft in Folgejahren	234
4. Übersicht	235
III. Erfassung von Dividenden und Veräußerungsgewinnen nach der Bruttomethode	235
1. Ausschluss von § 8b Abs. 1–6 KStG	236
2. Anwendung von Freistellungs- und Teileinkünfteverfahren auf Ebene des Organträgers	236
3. Ausnahmen von der Bruttomethode	237
4. Behandlung von Streubesitzanteilen	238
5. Mehrstufige Beteiligungen	239
6. Internationales Schachtelprivileg	240
IV. Beteiligungen an einem Investmentfonds	240
V. Zinsschranke in der Organschaft	242
VI. Anwendung von § 8c KStG	242
VII. Teilwertabschreibungen auf Organbeteiligungen	243

VIII. Abzug von Schuldzinsen im Zusammenhang mit der Organbeteiligung	245
IX. Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen	245
X. Spendenabzug	248
XI. Steuerlicher Querverbund in der Organschaft	248
F. Ausschluss negativer Einkünfte bei Berücksichtigung im Ausland	249
G. Steuerabzug beim Organträger, § 19 KStG	249
§ 8 Verunglückte Organschaft	253
A. Ursachen für eine verunglückte Organschaft	254
B. Rechtsfolgen einer verunglückten Organschaft	254
I. Handelsrechtliche Folgen	254
II. Steuerrechtliche Folgen	255
III. Zeitliche Erfassung der Gewinnabführung	257
IV. Verunglückte mittelbare Organschaft	257
V. Ausgewählte Fallgruppen (mit ggf. möglichen Heilungsansätzen) ...	258
1. Verstoß gegen Formvorschriften beim Abschluss und Abfassen des Gewinnabführungsvertrags	258
2. Fehlender angemessener Ausgleich für außenstehende Aktionäre	258
3. Gewinnabführungsvertrag gewährleistet nicht die Abführung des ganzen Gewinns	259
4. Fehlerhafte Vereinbarung der Verlustübernahme iSd § 302 AktG	259
5. Nichteinhaltung der fünfjährigen Mindestlaufzeit	260
6. Fehlen/Verlust der finanziellen Eingliederung	260
7. Unterlassene/fehlerhafte Durchführung des Gewinnabführungsvertrages	261
8. (Relevante und nicht geheilte) Bilanzierungsfehler bei der Organgesellschaft	262
9. Vergessener (und nicht geheilter) Ausgleich vorvertraglicher Verluste	262
10. Abführung vorvertraglicher Gewinnrücklagen oder vorvertraglicher und vertraglicher Kapitalrücklagen	263
11. Verstoß gegen § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 KStG bei der Rücklagenbildung	263
12. Ort der Geschäftsleitung der Organgesellschaft wird ins Ausland verlegt	264
13. Organträger-Personengesellschaft ist nicht (mehr) originär gewerblich tätig	264
14. Keine Zuordnung der Anteile an der Organgesellschaft zu inländischer Betriebsstätte des Organträgers	264
15. Beendigung des Vertrags ohne wichtigen Grund vor Ablauf der fünfjährigen Mindestdauer	265
16. Unterjährige Beendigung des Gewinnabführungsvertrags ohne Bildung eines Rumpfwirtschaftsjahres	266
III. Spezialfragen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	267
§ 9 Verfassungs- und unionsrechtliche Aspekte der Organschaft (KStG) ..	267
A. Einführung	267
B. Verfassungsrechtliche Aspekte	268
I. Verfassungsrechtlicher Rahmen der Unternehmensbesteuerung	268

II. Organschaftsspezifische Verfassungsfragen	269
1. Grundstruktur der Organschaft	269
2. Legislative Ausgestaltung der Organschaft	271
C. Unionsrechtliche Aspekte	272
I. Bedeutung des Unionsrechts für das Unternehmensteuerrecht	272
II. Auswirkungen der positiven Integration auf die Organschaft	273
III. Auswirkungen der negativen Integration auf die Organschaft	274
1. Leitlinien der EuGH-Rechtsprechung	275
a) Beschränkung der Niederlassungsfreiheit	276
b) Eigenständigkeit der Rechtfertigungsgründe	277
2. Bedeutung für organschaftliche Einzelfragen	278
a) Inlandbezug der Organgesellschaft	279
b) Querorganschaft	280
c) Gewinnabführungsvertrag	281
d) Verlustabzugsbeschränkung	283
e) Finale Verluste	283
§ 10 Bilanzielle Aspekte: Rechnungslegung, Prüfung, Offenlegung	285
A. Vorbemerkung	285
B. Abbildung des Gewinnabführungsvertrags in der handelsrechtlichen Rechnungslegung	285
I. Ebene des Organträgers	285
II. Ebene der Organgesellschaft	289
III. Bilanzierungsfehler und Heilungsmöglichkeiten	292
C. Auswirkungen von Ausschüttungssperren und Abführungssperren auf die handelsrechtliche Rechnungslegung	295
I. Handelsrechtliche Ausschüttungssperren	295
II. Ebene des Organträgers	298
III. Ebene der Organgesellschaft	299
D. Latente Steuern	300
I. Ebene des Organträgers	300
II. Ebene der Organgesellschaft	302
E. Besonderheiten im Konzernabschluss	303
I. Durchgehende Verpflichtungsübernahme eines Mutterunternehmens	303
II. Heilungsmöglichkeiten bei Bilanzierungsfehlern	304
F. Prüfung und Offenlegung	305
I. Inhalt und Anforderungen	305
II. Befreiungsmöglichkeiten des § 264 Abs. 3 HGB	306
III. Gestaltungsmöglichkeiten	311
G. Schlussbemerkungen	312
§ 11 Beteiligung außenstehender Anteilseigner	315
A. Allgemeines	316
B. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	317
I. Pflicht zur angemessenen Ausgleichszahlung (§ 304 AktG)	317
1. Allgemeines	317
2. Vorliegen eines außenstehenden Gesellschafters	318
3. Bemessung der Ausgleichszahlung	319
4. Entstehung und Fälligkeit	321
5. Schuldner der Ausgleichszahlung	322
6. Rechtsfolgen fehlender und fehlerhafter Ausgleichszahlungen ...	322
II. Kündigungsrecht bei gerichtlicher Anpassung (§ 304 Abs. 4 AktG) ..	323

III. Sonderbeschluss der außenstehenden Gesellschafter bei nachträglichen Änderungen (§ 295 Abs. 2 AktG)	324
IV. Hinzutreten außenstehender Gesellschafter (§ 307 AktG)	325
C. Vorliegen einer Organschaft bei einer (fehlenden) Ausgleichszahlung ...	326
I. Allgemeines	326
II. Fiktion der Abführung des ganzen Gewinns (§ 14 Abs. 2 KStG)	327
1. Regelungsanliegen	327
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	328
3. Grundvoraussetzungen (S. 1)	328
a) Mindestens zugesicherter Betrag iSd § 304 Abs. 1 S. 1 AktG ..	328
b) „Hinausgehende Ausgleichszahlungen“	329
c) Vereinbart und geleistet	330
4. Höchstgrenze (S. 2)	331
5. Kaufmannstest (S. 3)	335
6. Rechtsfolge	336
III. Einzelne Fallgruppen	337
1. Fehlen einer Ausgleichszahlung	337
2. Nullausgleich	337
3. Negativer Ausgleich	337
4. Fester Ausgleich gem. § 304 Abs. 2 S. 1 AktG	338
5. Variabler Ausgleich gem. § 304 Abs. 2 S. 2 AktG	339
6. Sonstige variable Ausgleichszahlungen	339
7. Verdeckte Gewinnausschüttungen	339
8. Ausgleichszahlungen an neu hinzutretene Gesellschafter	340
9. Kombinationszahlungen	340
D. Besteuerung von Ausgleichszahlungen	341
I. Bilanzsteuerliche Behandlung	341
1. Behandlung beim Organträger	341
2. Behandlung bei der Organgesellschaft	342
3. Behandlung beim außenstehenden Gesellschafter	342
II. Nicht abziehbare Betriebsausgabe (§ 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 9 EStG)	343
III. Besteuerung eines eigenen Einkommens der Organgesellschaft (§ 16 KStG)	344
1. Zielsetzung des § 16 KStG	344
2. Voraussetzungen des § 16 KStG	345
a) Vorliegen einer Organschaft	345
b) Ausgleichszahlung	346
c) Leistung bzw. Erfüllung	349
3. Rechtsfolge	350
IV. Weitere Fragen	354
1. Verfahrensrecht	354
2. Besteuerung auf Ebene des außenstehenden Gesellschafter	354
3. Steuerliches Einlagekonto	355
4. Kapitalertragsteuer	357
§ 12 Mehr- und Minderabführungen	359
A. Hintergrund von Mehr- und Minderabführungen und Rechtsentwicklung	360
B. Begriffsbestimmung und typische Fälle	363
I. Begriff der Mehr- und Minderabführungen nach dem KStG	363
II. Ursachen und typische Fälle	365
C. Abgrenzung vororganschaftliche und organschaftliche Verursachung	367
I. Grundsätzlicher Abgrenzungsmaßstab	367

II. Problemfälle/Sonderkonstellationen	368
1. Ausgangspunkt	368
2. Organträgerwechsel bei fortbestehendem GAV	369
3. Organträgerwechsel unter Beendigung und Neuabschluss des GAV	371
4. Anschlussorganschaft unter Beendigung und Neuabschluss des GAV	371
5. Organschaftspause	372
6. Kettenorganschaft	372
D. Behandlung vororganschaftlicher Mehr- und Minderabführungen	373
I. Rechtsfolge einer vororganschaftlichen Mehrabführung	373
1. Rechtsfolge allgemein	373
2. Rechtsfolgen bei der Organgesellschaft	374
3. Rechtsfolgen beim Organträger	374
II. Rechtsfolge einer vororganschaftlichen Minderabführung	375
1. Rechtsfolge allgemein	375
2. Rechtsfolgen bei der Organgesellschaft	376
3. Rechtsfolgen beim Organträger	376
III. Besondere Fallgestaltungen	377
1. Beteiligung unter 100 %	377
2. Mittelbare Organschaft	377
3. Kettenorganschaft	378
4. Zeitpunkt von vororganschaftlichen Mehr- und Minderabführungen, § 14 Abs. 3 S. 3 KStG	378
5. Teilwertansatz gem. § 13 Abs. 3 S. 1 iVm § 14 Abs. 3 S. 4 KStG	379
E. Behandlung organschaftlicher Mehr- und Minderabführungen	379
I. Frühere Rechtslage nach der APO-Methode (Überblick)	379
1. Grundsatz der bisherigen Regelung	379
2. Probleme und Kritik (u. a. Mehrabführungs-Modell)	381
II. Geltende Rechtslage nach der neuen Einlagelösung	383
1. Historie der Neuregelung (Erstregelung im KöMoG, Ergänzung im JStG 2022)	383
2. Zeitliche Anwendung der neuen Einlagelösung	384
3. Grundsätzliche Behandlung nach der Neuregelung: Wirkungsweise und Rechtsfolgen	384
4. Mitunternehmerindividuelle Korrektur bei Organträger-Personengesellschaften	386
5. Besondere Fallgestaltungen	387
a) Beteiligung unter 100 %	387
b) Mittelbare Organschaften	388
c) Rechtsfolgen bei „echten“ mittelbaren Organschaftsverhältnissen	390
d) Mehrstufige Kettenorganschaften	392
III. Überblick – Wesentliche Unterschiede APO- und Einlagelösung ...	392
IV. Übergang APO-Methode zur Einlagelösung	393
1. Zeitliche Anwendung der Einlagelösung	393
2. Auflösung der APO und Verrechnung mit Beteiligungsbuchwert	393
3. Steuerpflichtiger Ertrag, Anwendung Teileinkünfteverfahren	396
4. Wahlrecht zur Rücklagenbildung mit Auflösung über 10 Jahre ..	396
5. Sofortauflösung der Rücklage bei Veräußerung und gleichgestellten Vorgängen	397

F. Eventuelle Saldierung von Mehr- und Minderabführungen	399
I. Saldierung von vororgantschaftlichen Mehr- und Minderabführungen iSd § 14 Abs. 3 KStG	399
II. Saldierung von organtschaftlichen Mehr- und Minderabführungen iSd § 14 Abs. 4 KStG	399
III. „Kreuzende“ Saldierung von vororgantschaftlichen und organtschaftlichen Mehr- und Minderabführungen	400
§ 13 Auswirkungen von Krise und Insolvenz auf die Organschaft	403
A. Organschaft in der Krise	403
I. Haftung der Organgesellschaft, § 73 AO	403
II. Sanierung von Organschaften – Sanierungsgewinne und Verlustrückung iSd § 3a EStG iVm § 15 S. 1 Nr. 1a KStG	407
1. Grundkonzeption des § 3a EStG	407
2. § 3a EStG und körperschaftsteuerliche Organschaften	408
B. Organschaft in der Insolvenz und im Restrukturierungsverfahren	411
I. Insolvenzverfahren	411
1. Zivilrechtliche Beurteilung des Fortbestands eines Gewinnabführungsvertrages im Insolvenzverfahren	411
a) Insolvenzverfahren beim Organträger	412
b) Insolvenzverfahren bei der Organgesellschaft	413
c) Insolvenzverfahren beim Organträger und bei der Organgesellschaft („Doppelinsolvenz“)	414
2. Steuerrechtliche Beurteilung des Fortbestands der Organschaft ..	414
a) Finanzielle Eingliederung	414
b) Tatsächliche Durchführung	415
II. Restrukturierungsverfahren	416
§ 14 Grenzüberschreitende Aspekte	419
A. Grundlagen grenzüberschreitender Organschaften	420
I. Rechtsentwicklung	421
II. Vereinbarkeit mit Unionsrecht	423
III. Reformvorschläge	423
B. Grenzüberschreitende Organschaften in der EU und dem EWR	424
I. Voraussetzungen einer grenzüberschreitenden Organschaft	424
1. Organgesellschaft § 14 Abs. 1 S. 1, § 17 Abs. 1 S. 1 KStG	424
a) Rechtsform	424
b) Sitz und Ort der Geschäftsleitung	425
c) Zuzug einer Kapitalgesellschaft mit statutarischem Sitz und Verwaltungssitz im Ausland	426
d) Wegzug einer Kapitalgesellschaft mit statutarischem Sitz und Verwaltungssitz im Inland	428
2. Organträger § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 1, 2 KStG	430
a) Rechtsform	430
b) Sitz und Ort der Geschäftsleitung	430
3. Inlandsbezug des Organträgers § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 4, 5 und 7 KStG	430
a) Allgemeines zum Inlandsbezug – Verhältnis von nationalem Recht und Abkommensrecht	431
b) Betriebsstätte	431
c) Zuordnung der Beteiligung an der Organgesellschaft zu einer inländischen Betriebsstätte	432

d) Ununterbrochen während gesamter Geltungsdauer der Organschaft	437
e) Anwendungsfälle der unmittelbaren Organschaft	438
f) Zuordnung der Beteiligung an der Organgesellschaft zur inländischen Betriebsstätte des Organträgers bei mittelbarer Organschaft (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 4 Alt. 2 KStG)	443
g) Zuordnung der Beteiligung an der Organgesellschaft zur inländischen Betriebsstätte des Organträgers bei mittelbarer Organschaft über Personengesellschaften (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 5 KStG)	444
4. Grenzüberschreitender GAV § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 KStG	447
a) Gesellschaftsrecht	447
b) Steuerrecht	449
c) Verpflichtung zur Abführung des ganzen Gewinns	453
5. Sonderfall: Horizontale Organschaft mit ausländischem Organträger	453
II. Rechtsfolgen einer grenzüberschreitenden Organschaft	455
1. Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft (§ 15 KStG) ..	456
a) Beteiligung an einer ausländischen Kapitalgesellschaft	456
b) Ausländische Freistellungsbetriebsstätte	456
c) Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft	457
2. Zurechnung des Einkommens zum Organträger (§ 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 6 KStG)	459
3. Keine doppelte Verlustberücksichtigung bei ertragsteuerlicher Organschaft § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG aF	459
a) Tatbestandsvoraussetzungen § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG aF ..	460
b) Rechtsfolge § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG aF	461
c) Anwendungsbeispiele § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG aF	461
d) Aufhebung der Verlustabzugssperre durch Wachstumschancengesetz 2024	463
4. Verlustverrechnung über die Grenze	464
C. Grenzüberschreitende Organschaften mit Drittstaaten-Gesellschaften	464
I. Drittstaaten-Organschaft	464
1. Organgesellschaft mit statutarischem Sitz und Verwaltungssitz im Ausland verlegt Verwaltungssitz ins Inland (rechtsformwahrender Zuzug)	465
2. Organgesellschaft mit statutarischem Sitz und Verwaltungssitz im Inland verlegt statutarischen Sitz ins Ausland (identitätswahrender Herausformwechsel)	465
II. Drittstaaten-Organträger	465
§ 15 Organschaft und Umwandlungen	467
A. Einführung	469
I. Fragestellungen und Praxisprobleme	469
II. Steuerrechtliche Grundlagen	469
III. Zivilrechtliche Grundlagen	470
B. Auswirkungen von Umwandlungsvorgängen auf Gewinnabführungsverträge	471
I. Allgemeines zur Beendigung von Gewinnabführungsverträgen	471
II. 5-jährige Mindestlaufzeit und Beendigung von Gewinnabführungsverträgen aus wichtigem Grund aus steuerlicher Sicht	472

III. Umwandlungsvorgänge auf Ebene des herrschenden Unternehmens (als übertragender und übernehmender Rechtsträger)	474
1. Verschmelzung	474
2. Auf- und Abspaltung, Ausgliederung	475
3. Formwechsel	476
4. Einbringung und Anwachsung	476
5. Umwandlung auf Ebene des herrschenden Unternehmens als wichtiger Grund für die vorzeitige Aufhebung des Gewinnabführungsvertrags	477
IV. Umwandlungsvorgänge auf Ebene der abhängigen Gesellschaft (als übertragender und übernehmender Rechtsträger)	477
1. Verschmelzung	477
2. Auf- und Abspaltung, Ausgliederung	478
3. Formwechsel	479
4. Einbringung	480
5. Umwandlung einer dritten Gesellschaft auf die abhängige Gesellschaft als übernehmender Rechtsträger	480
6. Umwandlung auf Ebene der abhängigen Gesellschaft als wichtiger Grund für die vorzeitige Aufhebung des Gewinnabführungsvertrags	480
V. Durchführung des Gewinnabführungsvertrages für das im Umwandlungszeitpunkt laufende Wirtschaftsjahr	481
1. Übergang und Fortführung des Gewinnabführungsvertrages bei Umwandlungsvorgängen auf Ebene des Organträgers	481
2. Beendigung des Gewinnabführungsvertrages bei Umwandlungsvorgängen auf Ebene des Organträgers	482
3. Beendigung des Gewinnabführungsvertrages bei Umwandlungsvorgängen auf Ebene der Organgesellschaft	482
VI. Neuabschluss eines Gewinnabführungsvertrages im Rahmen des Umwandlungsvorgangs	484
C. Steuerliche Behandlung von Umwandlungsvorgängen auf Ebene des Organträgers	484
I. Auswirkungen auf das Tatbestandsmerkmal „finanzielle Eingliederung“	484
1. Umwandlungssteuerliche Rückwirkung	485
2. Umwandlungssteuerliche Rechtsnachfolge	486
3. Verhältnis der steuerlichen Rückwirkung und Rechtsnachfolge zueinander in Bezug auf die finanzielle Eingliederung	487
II. Mögliche Umwandlungsvorgänge auf Ebene des Organträgers	489
1. Verschmelzung des Organträgers auf einen dritten Rechtsträger ..	489
2. Auf- und Abspaltung	491
3. Einbringung, Ausgliederung	493
a) Einbringung/Ausgliederung von (Organ-)Beteiligungen	493
b) Einbringung/Ausgliederung von Sachgesamtheiten auf eine potenzielle Organgesellschaft (Sonderfall)	496
4. Formwechsel	499
5. Anwachsung	500
6. Verschmelzung des Organträgers und der Organgesellschaft	502
7. Weitere Umwandlungsvorgänge außerhalb des UmwStG	502
III. Auswirkungen von Umwandlungsvorgängen auf die Zurechnung der Organbeteiligung zu einer inländischen Betriebsstätte des Organträgers	503

IV. Zurechnung des Organeinkommens bei Umwandlungsvorgängen auf Ebene des Organträgers	505
D. Steuerliche Behandlung von Umwandlungsvorgängen auf Ebene der Organgesellschaft	509
I. Auswirkung von Umwandlungen der Organgesellschaft auf bestehende Organschaften und Möglichkeit der Neubegründung ...	509
1. Finanzielle Eingliederung	510
2. Mögliche andere Auffassung	511
II. Einzelfälle unter Berücksichtigung einer Beendigung, Neubegründung oder Fortsetzung einer Organschaft	511
1. Verschmelzung der Organgesellschaft	511
2. Aufspaltung der Organgesellschaft	512
3. Abspaltung der Organgesellschaft	513
4. Einbringung/Ausgliederung durch die Organgesellschaft	513
5. Formwechsel der Organgesellschaft	514
6. Steuerliche Rückbeziehung der Organgesellschaftsfähigkeit	514
III. Besonderheiten bei Ermittlung des Organeinkommens bei Umwandlungsvorgängen auf Ebene der Organgesellschaft	514
1. Ermittlung des Organeinkommens bei unterjährigem steuerlichen Übertragungsstichtag	514
2. Hineinverschmelzen in eine bestehende Organschaft	516
3. Zurechnung des Übertragungsgewinns in Umwandlungsfällen mit der Organgesellschaft als übertragender Rechtsträger	516
4. Übernahmegewinn bzw. -verlust und Gewinnabführung in Umwandlungsfällen mit der Organgesellschaft als übernehmender Rechtsträger	517
E. Organschaftliche Mehr- und Minderabführungen iSv § 14 Abs. 3 KStG/ § 14 Abs. 4 KStG im Rahmen von Umwandlungsvorgängen	519
I. Gesetzliche Einordnung und Systematisierung der Neuregelung nach KöMoG	519
II. Organschaftliche Mehr- und Minderabführungen im Zusammenhang mit Umwandlungsvorgängen bei Anwendung der Neuregelung	520
1. Umwandlungen auf Ebene des Organträgers	520
2. Umwandlungen auf Ebene der Organgesellschaft	520
III. Abgrenzungproblematik zwischen vororganschaftlicher Verursachung iSv § 14 Abs. 3 KStG und Verursachung in organschaftlicher Zeit iSv § 14 Abs. 4 KStG	521
IV. Skizzierung der Auswirkungen von Umwandlungen auf vorhandene organschaftliche Ausgleichsposten (vor KöMoG)	522
1. Umwandlungsvorgänge auf der Ebene des Organträgers	523
a) Verschmelzung des Organträgers	523
b) Auf- und Abspaltung sowie Ausgliederung des Vermögens des Organträgers	523
c) Einbringung der Anteile an dem Organträger	524
d) Formwechsel des Organträgers	524
e) Anwachsung bei einer Organträger-Personengesellschaft	524
2. Umwandlungsvorgänge auf der Ebene der Organgesellschaft	525
a) Umwandlung der Organgesellschaft auf eine Personengesellschaft oder natürliche Person	525
b) Verschmelzung der Organgesellschaft auf eine andere Kapitalgesellschaft	525
c) Auf- und Abspaltung, Ausgliederung und Einbringung des Vermögens der Organgesellschaft	525

d) Formwechsel der Organgesellschaft in eine andere Kapitalgesellschaft	526
§ 16 Organschaft und Zinsschranke	533
A. Allgemeines zur Zinsschranke	533
I. Einordnung und Begriffsbestimmung „Zinsen“	533
II. Grundregel der Zinsschranke	535
III. EBITDA-Vortrag	537
IV. Zinsvortrag	538
V. Zusammenfassung der Grundregel	538
VI. Ausnahmen von der Zinsabzugsbeschränkung	539
1. Freigrenze	539
2. Stand alone-Klausel	539
3. Escape-Klausel	540
4. Rückausnahme	542
VII. Organschaftsrelevante Vorschriften zur Zinsschranke (§ 15 S. 1 Nr. 3 KStG)	542
B. Zinsschrankeneffekte bei Begründung der Organschaft	543
I. Organgesellschaft	543
II. Organträger	544
III. Organschaft als Gestaltungselement bei der Zinsschranke	544
C. Wirkung der Zinsschranke während des Bestehens der Organschaft	545
I. Organgesellschaft	545
II. Organträger	545
1. Ermittlung des Nettozinsaufwands	545
2. Ermittlung des verrechenbaren EBITDA	546
3. Zins- und EBITDA-Vorträge	547
4. Anwendung der Ausnahmen zur Zinsschranke	548
a) Freigrenze	548
b) Stand alone-Klausel	548
c) Escape-Klausel	549
D. Zinsschrankeneffekte bei Beendigung der Organschaft	551
I. Organgesellschaft	551
II. Organträger	551
§ 17 Organschaft im Kontext des § 8c KStG und § 8d KStG	553
A. Einführung	553
B. Organschaft im Kontext von § 8c KStG	554
I. Wirtschaftliche Identität als gemeinsame rechtsdogmatische Rechtfertigung für die Durchbrechung des Trennungsprinzips	554
II. Überblick über die Voraussetzungen von § 8c KStG	556
III. Wirkung des § 8c KStG bei Organschaft	557
1. Schädlicher Beteiligungserwerb in Bezug auf Organgesellschaft ..	558
a) Unmittelbare schädliche Beteiligungserwerbe	558
b) Mittelbare schädliche Beteiligungserwerbe	558
c) Durchführung des Gewinnabführungsvertrags	564
2. Schädlicher Beteiligungserwerb in Bezug auf Organträger	564
a) Grundätze	564
b) Stille-Reserven-Klausel	564
3. Gewerbesteuerliche Besonderheiten	565
C. Organschaft im Kontext von § 8d KStG	565
I. Verlustkörperschaft als Organträger	566
1. Vorfrist	566

2. Zeitraum bis zur Erschöpfung des fortführungsgebundenen Verlustvortrags	567
II. Verlustkörperschaft als Organgesellschaft	567
§ 18 Organschaft bei öffentlichen und gemeinnützigen Unternehmen	569
A. Juristische Personen des öffentlichen Rechts und Organschaft	570
I. Betrieb gewerblicher Art als Organträger	570
1. Kommunalrechtliche Rahmenbedingungen und Gewinnabführungsvertrag	570
2. BgA und Organträgerernennung iSd § 14 Abs. 1 S. 1 KStG	571
a) Gewerbliche Tätigkeit als Organträger-Voraussetzung	571
b) Dauerdefizitärer BgA und Beteiligungserträge	572
c) Betriebsaufspaltungs-BgA	572
II. Kommunale Eigen-/Beteiligungsgesellschaft als Organträger	574
1. Kommunale Holding als Organträger	574
2. Grenzen der steuerlichen Anerkennung variabler Ausgleichszahlungen (§ 14 Abs. 2 KStG)	576
a) Problematik insbesondere in Strukturen des kommunalen Querverbands	576
b) Gesetzliche Festschreibung der (begrenzten) Zulässigkeit variabler Ausgleichszahlungen	577
c) Konsequenzen in der Praxis kommunaler Strukturen	577
III. Besonderheiten bei der Ermittlung des Einkommens iSd § 15 KStG .	579
1. Dauerdefizitäre Tätigkeiten im Organkreis/verdeckte Gewinnausschüttungen	579
2. Anwendung von § 8 Abs. 7 KStG in Organschaftsstrukturen	582
3. Spartenrechnung nach § 8 Abs. 9 KStG in Organschaftsfällen	584
a) Zielsetzung der Spartenrechnung und Anwendungsbereich	584
b) Spartenrechnung auf Ebene des Organträgers	585
c) Spartenbildung beim Organträger für den gesamten Organkreis	586
d) Rechtsfolgen der Spartenbildung nach § 8 Abs. 9 KStG	587
IV. Kommunale Personengesellschaft als Organträger	592
1. Wirkung der Organschaft, Abgrenzung des BgA	592
a) BFH v. 18.1.2023, I R 16/19	592
b) Anmerkungen	594
2. Anwendung von § 8 Abs. 7 KStG	595
3. Anwendung der Spartenrechnung	597
V. Spartenrechnung und Gewerbesteuer	597
B. Gemeinnützige Körperschaften und Organschaft	598
I. Ertragsteuerliche Organschaft in gemeinnützigen Strukturen	598
II. Gemeinnützige Körperschaft als Organträger	598
1. Eignung als Organträger iSd § 14 KStG	598
a) Voraussetzungen der Organträgerereignischaft	598
b) Partiiell steuerpflichtiger Organträger als gewerbliches Unternehmen	600
2. Verlustübernahmeverpflichtung und Mittelverwendungsgebot ...	601
3. Alternativen zur ertragsteuerlichen Organschaft	602
III. Gemeinnützige Körperschaft als Organgesellschaft	602

§ 19 Verfahrensrechtliche Aspekte	605
A. Allgemeines	605
I. Organträger und Organgesellschaft als eigenständige Steuersubjekte ..	605
II. Außenprüfung, verbindliche Auskunft und Verständigungsverfahren	606
B. § 14 Abs. 5 KStG	607
I. Alte Rechtslage	607
II. Zeitlicher und sachlicher Anwendungsbereich der Neuregelung des § 14 Abs. 5 KStG	609
III. Gesonderte und einheitliche Feststellung und deren Folgen	610
1. Gesonderte und einheitliche Feststellung (Abs. 5 S. 1)	610
2. Gegenstand der Feststellungen	610
a) Dem Organträger zuzurechnendes Einkommen der Organgesellschaft (Abs. 5 S. 1 Alt. 1)	610
b) Damit zusammenhängende andere Besteuerungsgrundlagen (Abs. 5 S. 1 Alt. 2)	611
c) Feststellung anzurechnender Steuern der Organgesellschaft (Abs. 5 S. 3)	613
3. Wirkung der Feststellungen	614
4. Erklärung, Bekanntgabe und Rechtsschutz	616
IV. Örtliche und sachliche Feststellungszuständigkeit (Abs. 5 S. 4)	619
C. Besonderheiten bei der gewerbsteuerlichen Organschaft	620
D. Haftung	622
I. Normative Grundlagen	622
II. Inhalt und Zweck der Vorschrift	622
III. Tatbestandsvoraussetzungen	622
1. Bestehen einer wirksamen Organschaft	622
2. Sonderfall: Mehrstufige Organschaft (§ 73 S. 2 AO)	622
3. Steuer des Organträgers, für welche die Organschaft zwischen ihnen steuerlich von Bedeutung ist	624
IV. Rechtsfolgen	625
1. Ermessensausübung	625
2. Haftungsschuldner	625
3. Haftungsumfang	625
4. Begrenzung der Haftung	625
a) Ermessensentscheidung	625
b) Subsidiarität	626
V. Geltendmachung der Haftung	626
VI. Rechtsbehelfe	626
Teil 2. Gewerbsteuerliche Organschaft	627
A. Einführung	628
I. Überblick über die gewerbsteuerliche Organschaft	628
II. Bedeutung der gewerbsteuerlichen Organschaft	635
1. Vorteile	637
2. Nachteile	639
3. Vergleich mit der körperschaftsteuerlichen Organschaft	639
a) Auf Seiten des Tatbestandes	639
b) Auf Seiten der Rechtsfolgen	640
c) Verfahrensrechtliche Unterschiede (§ 14 Abs. 5 KStG)	641
III. Historische Entwicklung der gewerbsteuerlichen Organschaft	642
B. Tatbestandsvoraussetzungen der gewerbsteuerlichen Organschaft	644
I. Übernahme der Voraussetzungen des § 14 KStG	645
1. Organträger	645

2. Organgesellschaft	649
3. Finanzielle Eingliederung	650
4. Gewinnabführungsvertrag	650
5. Sonstige Voraussetzungen	650
II. Gewerbesteuerliche Erklärungspflichten im Organkreis (§ 149 AO; § 14a GewStG; § 25 GewStDV)	650
III. Verbindliche Auskunft zur gewerbesteuerlichen Organschaft (§ 89 AO)	651
C. Rechtsfolgen der gewerbesteuerlichen Organschaft	652
I. Gebrochene oder eingeschränkte Einheitstheorie des BFH	652
1. Ermittlung eines einheitlichen Gewerbesteuermessbetrags für den Organkreis	654
2. Keine Anwendung des § 16 KStG für Zwecke der Gewerbesteuer	655
II. Zerlegung des einheitlichen Gewerbesteuermessbetrags (§§ 28 ff. GewStG)	656
III. Zeitliche Grenzen der gewerbesteuerlichen Organschaft	657
1. Beginn der gewerbesteuerlichen Organschaft	657
2. Ende der gewerbesteuerlichen Organschaft	658
3. „Fernwirkungen“ der gewerbesteuerlichen Organschaft	659
IV. Verunglückte gewerbesteuerliche Organschaft	660
V. Besonderheiten der Ermittlung des Gewerbeertrags im Organkreis ..	661
1. Steuerbefreiungen im Organkreis (§ 3 GewStG)	661
2. Behandlung von Fehlbeträgen im Organkreis	661
a) Kein Abzug vororganschaftlicher Fehlbeträge der Organgesellschaft (§ 10a S. 3 GewStG)	662
b) Fehlbeträge während der Organschaft	663
c) Wegfall gewerbesteuerlicher Fehlbeträge	664
d) Nutzung von Fehlbeträgen nach Ende der Organschaft	665
e) Sonderfragen der Verlustnutzung bei Personengesellschaften als Organträger	666
f) Nutzung von gewerbesteuerlichen Fehlbeträgen in Organschaftsketten	668
3. Hinzurechnungen und Kürzungen (§§ 8, 9 GewStG) im Organkreis	668
a) Billigkeitsregelung der Finanzverwaltung	669
b) Teilwertabschreibung und Veräußerung bei Anteilen an der Organgesellschaft (§ 8 Nr. 10 GewStG)	670
c) Anwendung der erweiterten Kürzung des § 9 Nr. 1 S. 2 ff. GewStG im Organkreis	671
d) Spendenabzug im Organkreis	672
4. Anwendung der Bruttomethode des § 15 KStG	673
a) Entscheidung des BFH 17.12.2014 – I R 39/14	674
b) Gesetzgeberische Reaktion durch § 7a GewStG	675
c) Abgrenzung zu anderen Fragestellungen	676
5. Behandlung ausländischer Einkünfte des Organkreises	677
a) Steuerpflicht und DBA-Berechtigung im Organkreis	677
b) Territorialitätsprinzip der Gewerbesteuer	679
c) Anwendung der dual-consolidated-loss rule des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 KStG aF	681
d) Gewerbesteuerliche Erfassung des Hinzurechnungsbetrags im Organkreis (§ 7 S. 7 GewStG)	681

e) Anwendung des § 7 S. 8 f. GewStG im gewerbsteuerlichen Organkreis	683
f) Abzug ausländischer Steuern nach § 34c Abs. 2, 3 EStG im gewerbsteuerlichen Organkreis	684
D. Haftung der Organgesellschaften für Gewerbesteuer (§ 73 AO)	685
E. Einkommensteuerliche Folgewirkungen der gewerbsteuerlichen Organschaft (§ 35 EStG)	686
Teil 3. Umsatzsteuerliche Organschaft	689
A. Einführung/Historischer Abriss	691
B. Allgemeines zum Institut der Organschaft	699
I. Die Organschaftsregelung im EU-Recht und die EuGH-Rechtsprechung	699
II. Wahlrecht der Mitgliedstaaten und unterschiedliche Umsetzung in der EU	702
1. Derzeit kein Antragsrecht – Tatbestandsmäßigkeit	702
2. Eine oder mehrere USt-IdNm.	703
3. Nichtunternehmer als Teil des Organkreises	704
4. Keine Beschränkung auf bestimmte Branchen (zB Finanzsektor) .	706
5. Verhältnis von ausländischen Betriebsstätten zur Organschaft	709
III. Beteiligte im Organkreis aus Sicht der MwStSystRL	713
1. Personengesellschaften als Organgesellschaften	713
2. Organträger als einziger Steuerpflichtiger, Finanzielle Eingliederung, Mehrheitsbeteiligung ohne Stimmrechtsmehrheit	722
3. Organträger als einziger Steuerpflichtiger, Innenumsätze, Leistungen einer Organgesellschaft für den hoheitlichen Bereich des Organträgers, Unentgeltliche Wertabgaben	727
IV. Steuerbarkeit von Innenumsätzen?	734
V. Leistungen von Personenzusammenschlüssen an ihre Mitglieder, Leistungen eines Personenzusammenschlusses an einen Organkreis .	738
C. Anforderungen an den Organträger	740
I. Organträger als einziger Steuerpflichtiger	740
II. Unternehmereigenschaft	740
III. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	741
IV. Sonderfälle	744
D. Anforderungen an die Organgesellschaft	746
I. Normalfall (juristische Person)	746
II. Personengesellschaften	747
III. Sonderfälle	749
E. Eingliederungsmerkmale	749
I. Allgemeines	749
II. Finanzielle Eingliederung	750
1. Allgemeines	750
2. Mittelbare und unmittelbare Eingliederung	751
3. Finanzielle Eingliederung einer Personengesellschaft	753
4. Folgen aus der finanziellen Eingliederung einer Personengesellschaft	758
5. Finanzielle Eingliederung – Ausprägung durch die Finanzverwaltung/geänderte BFH-Rechtsprechung	760
III. Wirtschaftliche Eingliederung	761
1. Allgemeines	761
2. Anforderungen Rechtsprechung bzw. der Finanzverwaltung	763

IV. Organisatorische Eingliederung	765
1. Allgemeines	765
2. Personelle Verflechtungen	767
3. Beherrschungsvertrag	771
4. Sonderfälle	773
V. Beendigung der Organschaft	774
1. Allgemeines	774
2. Organschaft und Insolvenzeröffnung	774
F. Organschaft – Zusammenhang mit anderen Vorschriften	775
I. Geschäftsveräußerung im Ganzen	775
II. Grenzüberschreitende Warenbewegungen in einen anderen EU-Mitgliedstaat	775
III. Innenumsätze	775
IV. Einheitlichkeit der Leistung	776
V. Begriff der Betriebsstätte (feste Niederlassung)	776
VI. Ort der Lieferungen von Gas und Elektrizität	776
VII. Verwendung einer EU-ausländischen USt-IdNr. bei innergemeinschaftlichen Lieferungen	777
VIII. Bauleistender Unternehmer als Leistungsempfänger für Zwecke des Reverse-Charge-Verfahrens nach § 13b UStG	777
IX. Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers bei Lieferungen von Gas, Elektrizität, Wärme oder Kälte nach § 13b Abs. 2 Nr. 5 Buchst. a iVm Abs. 5 S. 1 zweiter Halbsatz UStG	777
X. Steuerschuldnerschaft des Leistungsempfängers nach § 13b UStG bei sonstigen Leistungen auf dem Gebiet der Telekommunikation	778
XI. Rechnungsdokumente im und mit dem Organkreis	778
1. Begriff der Rechnung (§ 14 UStG)	778
2. Angabe des Namens und der Anschrift des leistenden Unternehmers und des Leistungsempfängers in einer Rechnung .	778
3. Angabe der Steuernummer oder USt-IdNr. des leistenden Unternehmers in einer Rechnung	778
4. Angabe der fortlaufenden Nummer (Rechnungsnummer) in einer Rechnung	779
5. Unrichtiger Steuerausweis (§ 14c Abs. 1 UStG), Berichtigung eines zu hohen Steuerausweises	779
6. Unberechtigter Steuerausweis (§ 14c Abs. 2 UStG)	779
XII. Vorsteuerabzug (allgemein)	779
1. Ordnungsmäßige Rechnung als Voraussetzung für den Vorsteuerabzug	780
2. Vorsteuerberichtigung (§ 15a UStG), Änderung der Verhältnisse	780
3. Steuer- und Vorsteuerberichtigung bei Änderung der Bemessungsgrundlage (§ 17 UStG)	780
XIII. Besteuerungszeitraum und Deklaration	780
1. Voranmeldungszeitraum (§ 18 UStG)	780
2. Besteuerungsverfahren (§ 18 UStG), Unternehmerbescheinigung für Unternehmer, die im Inland ansässig sind	781
3. Abgabe der Zusammenfassenden Meldung (§ 18a UStG)	781
4. Bestätigungsverfahren für Betreiber elektronischer Schnittstellen iSv § 25e Abs. 1 UStG (§ 18e Nr. 3 UStG)	781
5. Besteuerungsverfahren für im Inland ansässige Unternehmer, die vor dem 1.7.2021 sonstige Leistungen nach § 3a Abs. 5 UStG im Übrigen Gemeinschaftsgebiet erbringen (§ 18h UStG)	782

6. Besonderes Besteuerungsverfahren für den innergemeinschaftlichen Fernverkauf, für Lieferungen innerhalb eines Mitgliedstaates über eine elektronische Schnittstelle und für von im Gemeinschaftsgebiet, nicht aber im Mitgliedstaat des Verbrauchs ansässigen Unternehmern erbrachte sonstige Leistungen (18j UStG)	783
7. Besonderes Besteuerungsverfahren für Fernverkäufe von aus dem Drittlandsgebiet eingeführten Gegenständen in Sendungen mit einem Sachwert von höchstens 150 EUR (§ 18k UStG)	783
8. Aufzeichnungspflichten (§ 22 UStG)	783
XIV. Pauschalierung bei land- und Forstwirten (§ 24 UStG), Umsätze im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebs	784
XV. Reiseleistungen (§ 25 UStG)	784
XVI. Erteilung von USt-IdNrn. (§ 27a UStG), Antrag auf Erteilung der Umsatzsteuer-Identifikationsnummer	784
XVII. Zuständigkeit des Finanzamts	785
G. Wirkungen der umsatzsteuerrechtlichen Organschaft	786
I. Finanzielle und sonstige Vorteile der Organschaft	786
II. Verwaltungsseitige und andere Nachteile der Organschaft	787
III. Haftung bei umsatzsteuerlicher Organschaft	787
H. Organschaft im Kontext grenzüberschreitender Sachverhalte	789
I. Auswirkungen der Beschränkung auf das Inland bei grenzüberschreitenden Lieferbeziehungen	789
II. Organschaft und grenzüberschreitende Reihengeschäfte	791
I. Ausblick	792
Teil 4. Grunderwerbsteuerliche Organschaft	795
A. Einführung	796
I. Überblick, gesetzliche Grundlagen und Historie	796
II. Bedeutung	797
1. Bedeutung der Grunderwerbsteuer im Allgemeinen	797
2. Bedeutung der grunderwerbsteuerlichen Organschaft im Besonderen und Bezug zur Anteilsvereinigung	798
III. Verhältnis zu anderen Vorschriften des GrEStG	799
B. Voraussetzungen	801
I. Überblick	801
II. Inländischer Grundbesitz im Vermögen der Gesellschaft	801
III. Herrschendes Unternehmen (Organträger)	802
IV. Abhängige Personen und Unternehmen	803
1. Natürliche Personen nach § 1 Abs. 4 Nr. 1 GrEStG	803
2. Juristische Personen (Organgesellschaften) nach § 1 Abs. 4 Nr. 2 GrEStG	804
a) Persönlicher Anwendungsbereich	804
b) Finanzielle Eingliederung	804
c) Wirtschaftliche Eingliederung	805
d) Organisatorische Eingliederung	806
e) Beurteilung der Eingliederungsvoraussetzungen	806
C. Rechtsfolgen	807
I. Allgemeines	807
II. Begründung eines Organschaftsverhältnisses	807
1. Begründung eines Organschaftsverhältnisses unter Beibehaltung der bestehenden Anteilsverhältnisse	807

Inhaltsverzeichnis

2. Begründung eines Organschaftsverhältnisses unter Veränderung der bestehenden Anteilsverhältnisse	808
III. Veränderung der Anteilsverhältnisse	809
1. Anteilsübertragungen im Organkreis bei bestehendem Organschaftsverhältnis	809
2. Änderung der Anteilsverhältnisse und nachfolgende Begründung eines Organschaftsverhältnisses	813
IV. Erweiterung des Organschaftsverhältnisses	814
V. Umwandlung des Organträgers	815
VI. Umstrukturierungen im Organkreis	817
VII. Zwischengeschaltete Personengesellschaft	818
VIII. Besteuerungsverfahren	819
1. Bemessungsgrundlage	819
2. Steuersatz	820
3. Steuerbefreiungen	820
4. Steuerschuldnerschaft	821
5. Zuständigkeit und Anzeigepflichten	821
a) Zuständiges Finanzamt	821
b) Anzeigepflichten	822
6. Inhalt des Feststellungsbescheids	823
D. Schlussbetrachtung und Ausblick	823
I. Vermeidungsstrategien	823
II. Das Gesetz zur Modernisierung des Personengesellschaftsrechts (MoPeG)	824
III. Reformüberlegungen	825
Sachverzeichnis	829